

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Bundesinnenminister Friedrich und Bundesfamilienministerin Schröder haben in dieser Woche mit Vertretern gesellschaftlicher Organisationen sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften ein entschlossenes Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Neben sicherheitspolitischen Maßnahmen soll bürgerschaftliches Engagement im Kampf gegen den Rechtsextremismus gestärkt werden.

- Die CDU-geführte Bundesregierung fördert die bürgerschaftliche Verantwortung. Dazu werden die politische Bildungsarbeit, Stiftungen, Vereine, Verbände und die Bundesprogramme zur Stärkung von Demokratie und Toleranz finanziell unterstützt. Mit der gezielten Förderung des Engagements von Bürgern wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gerade in solchen Regionen gestärkt, die durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbrüche vor großen Herausforderungen stehen.
- Auch die Städte und Gemeinden wird die CDU-geführte Bundesregierung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus weiterhin effektiv unterstützen. Um die hierbei gewonnenen Erfahrungen und Kompetenzen besser zu bündeln und für möglichst viele nutzbar zu machen, soll zudem ein bundesweites Informations- und Kompetenzzentrum entstehen.
- Die CDU sieht in einer aktiven und verantwortungsbewussten Bürgergesellschaft einen zentralen Garanten gegen Extremismus und Intoleranz. Gefordert ist vorausschauendes Handeln und Präventionsarbeit. Ziel ist es, dem erheblichen Zuwachs des neonazistischen Spektrums, insbesondere bei den „Autonomen Nationalisten“, und dem damit verbundenen Anstieg der Gewaltbereitschaft wirksam zu begegnen.

Die CDU tritt gemeinsam mit allen Demokraten gegen Extremismus und jede Form der Gefährdung unserer demokratischen Grundwerte ein. Bei uns ist kein Raum für Extremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die Mitte.

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font.